

Win-win-Situation?

Die Wirtschaftspolitik Chinas und die europäische Reaktion

| JOHANNES KLÜHSPIES | **Chinesische, autokratisch bestimmte Wirtschaftsstrategien stehen im Kontrast zu den großen Marktfreiheiten in der Europäischen Union. Welche Ziele verfolgt die chinesische Wirtschaftspolitik und wie reagiert der Westen darauf?**

Als im Jahr 2017 im UN-Menschenrechtsrat die Situation in der Volksrepublik China zur Bewertung stand, konnten sich die EU-Mitgliedstaaten erstmals nicht mehr auf eine gemeinsame Verurteilung der breit dokumentierten Menschenrechtsverletzungen in China einigen. Ausgerechnet das Mutterland europäischer Demokratien, Griechenland, enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme. Im Rückblick gilt es inzwischen als wenig strittig, dass wirtschaftspolitische Einflussnahme Chinas das griechische Stimmverhalten prägte.

Von Häfen und Seidenstraßen

Die Volksrepublik (VR) China sucht sich für staatlich gelenkte Investitionen im Ausland speziell jene Staaten aus, die unter hohem ökonomischen Druck stehen, aber strategischen Wert haben. Diesen Ländern bietet China Infrastrukturinvestitionen, Finanzierung und Jobs an. Als Gegenleistung dient der Zugang zu Bodenschätzen oder handelsstrategisch wichtigen Gebieten. Das chinesische Außenministerium sieht

dieses Vorgehen als friedliche Zusammenarbeit und Win-win-Situation.

Ein herausragendes Beispiel für strategische Investitionen ist die chinesische Initiative „Neue Seidenstraßen“. Etwa 1 000 Milliarden Dollar fließen derzeit in Infrastrukturprojekte wie Autobahnen, Bahntrassen, Pipelines, Kraftwerke, Telekommunikationsnetze, Häfen und Flughäfen von Asien bis nach Europa. Auf diesen neuen, interkontinentalen Verkehrswegen, die z.B. mit der russischen Transsibirischen Eisenbahn konkurrieren, beabsichtigt China, wesentlich schneller und kostengünstiger als bisher Waren nach Europa zu bringen. Für die VR China sind die Seidenstraßen-Projekte ökonomisch so bedeutsam, dass sie in der chinesischen Verfassung festgeschrieben worden sind.

Politisch hohe Wellen schlug in Europa die Übernahme einer 67 Prozent-Anteilmehrheit am griechischen Hafen Piräus durch den chinesischen, staatlich dominierten Cosco-Konzern. Unter dem Druck europäischer Politik war Griechenland während der Schuldenkrise gezwungen, seinen Hafen für eine Übernahme durch Cosco zu öffnen. Chinesische Investitionen von etwa 600 Mio. Euro führen derzeit zur Errichtung eines chinesischen Stützpunktes für den Umschlag von Schiffscontainern im Wirtschaftsraum der Europäischen Union. Der Hafen Piräus zählt inzwischen zu den am stärksten wachsenden Häfen der EU und strebt unter chinesischer Führung an, den Hafen Hamburg in den nächsten Jahren beim Güterumschlag zu überholen. Strategische Investitionen sind aber

auch Zukäufe für einen Know-how-Gewinn, wie beispielsweise die Übernahme des deutschen Roboterherstellers Kuka durch einen chinesischen Konzern im Jahr 2016.

Wirtschaftspolitische Kontraste

Mit der Volksrepublik China und EU-Deutschland stehen sich zwei Wirtschaftssysteme mit großen Unterschieden und wenigen Gemeinsamkeiten gegenüber. Chinesische, autokratisch bestimmte Wirtschaftsstrategien stehen im Kontrast zu eher großen Marktfreiheiten in der EU. Noch immer wirkt die europäische Wirtschaftspolitik aber überrascht von der planvollen wirtschaftsstrategischen Entschlossenheit der Wirtschaftsmacht China.

Die chinesische Wirtschaftspolitik hat ambitionierte Ziele, die sie in Mehrjahresplänen festschreibt. Zentral dabei erscheint das Streben nach Technologieführerschaft in vielen Bereichen, in denen sich europäische und nordamerikanische Nationen bisher eher unangefochten wählten. Mit ihrer Digitalisierungsstrategie hat die VR China z.B. den Westen zumindest in den Städten bereits überholt – wenngleich mit einer Radikalität, die im Westen als unerwünscht gilt. So spielt Datenschutz für Bürger, wie er in Europa als wichtig angesehen wird, in China kaum eine Rolle.

Zug um Zug: Beispiel Bahnverkehr

Europäische und kanadische Bahnkonzerne, die Anfang des Jahrhunderts ihre Hochgeschwindigkeitszüge in großer Zahl nach China zu exportieren hofften, durften bald erkennen, wie schnell sich ihre chinesischen Partner europäisches Know-how selbst zu eigen mach-

AUTOR



Dr. Johannes Klühspies ist Professor für Verkehrsträgermanagement an der Technischen Hochschule Deggendorf. Er beschäftigt sich u.a. an der Virtuellen Hochschule Bayern mit dem Thema

„Wirtschaft und Wirtschaftspolitik Chinas“.

ten. Die ambitionierten Umsatzerwartungen bei Bombardier, Alstom und Siemens kollidierten mit der wirtschaftspolitischen Zielsetzung Chinas, im Hochgeschwindigkeitsbahnverkehr zum Weltmarktführer zu werden. Heute verfügt China über das weltweit größte Rad-Schiene-Hochgeschwindigkeitsnetz mit Schnellzügen aus eigener Produktion. Die China Railway Rolling Stock Corporation (CRRC) ist mit 34 Milliarden Dollar Jahresumsatz (2017) inzwischen der größte Bahnindustriekonzern der Welt. Westliche Konzerne wie Siemens/Alstom und Bombardier unterliegen im verzerrten Wettbewerb mit subventionierten chinesischen Staatsunternehmen und sind inzwischen vielfach auf eine Rolle als Zulieferer von Spezialteilen und Software marginalisiert. Nigeria, bevölkerungsreichstes Land Afrikas, wird sich z.B. von CRCC für etwa zwölf Milliarden Dollar eine neue Bahnlinie an der Küste errichten lassen. In Mexiko hat CRCC im Mai 2018 den Zuschlag für

den Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke erhalten.

Schwächen autokratischer Wirtschaftspolitik

Zugleich zeigt das Bahn-Beispiel aber auch eine Anfälligkeit der autokratischen Strukturen Chinas für Fehlentscheidungen. Für die Strecke zwischen Shanghai und Peking war 2004 der in Shanghai erfolgreich getestete Transrapid (eine deutsche Magnetschnellbahn-Technologie) vorgesehen. Die Magnetbahnstrecke wurde jedoch vom neuen chinesischen Eisenbahnminister Liu Zhijun im Jahr 2004 überraschend verworfen und durch das langsamere, verschleißintensive Rad-Schiene-System ersetzt. Erst im Jahr 2011 wurde ein wahrscheinliches Motiv für diese Top-down-Entscheidung deutlich: ein chinesisches Gericht verurteilte den – dann bereits entmachteten – Verkehrsminister wegen Korruption bei Hochgeschwindigkeits-Verkehrsprojekten. Er habe Rad-Schiene-Hersteller in seinem

Beziehungsnetzwerk begünstigt und von Gegenleistungen selbst massiv profitiert. Eine wartungsarme Transrapid-Technologie dürfte in dieses Bereicherungsmodell wohl kaum gepasst haben. Inzwischen forscht China allerdings wieder mit Hochdruck an der Magnetbahn-Technologie und fördert sie als eine Schlüsseltechnologie zur wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung Chinas.

Als die gravierendsten ökonomischen Negativ-Folgen von Chinas Wirtschaftspolitik gelten aus westlicher Sicht erstens die Immobilienblase: die Preise steigen in Chinas Großstädten weiter an, trotz sich mehrender Zeichen für einen drohenden Kollaps. Als zweites Problem gelten die zahlreichen „faulen Kredite“, die für wenig taugliche Geschäftskonzepte weitgehend ungeprüft vergeben wurden. Drittens bestehen in vielen Branchen gravierende Überkapazitäten – zum Beispiel in der stark subventionierten chinesischen Solarindustrie.

Anzeige



Deutscher Bundestag

Ausschreibung Wissenschaftspreis 2019

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages zu bewerben, der 2019 vergeben wird.

Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert.

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zum vertieften Verständnis parlamentarischer Praxis beitragen.

Bewerbungsschluss: 31. Juli 2018

Teilnahmebedingungen unter: www.bundestag.de/wissenschaftspreis

**Deutscher Bundestag
Fachbereich WD 1
Wissenschaftspreis
Platz der Republik 1
11011 Berlin**



E-Mail: wissenschaftspreis@bundestag.de

Telefon: + 49 30 227 - 38630

Fax: + 49 30 227 - 36464

Rohstoffgetriebene Entwicklungspolitik

Mit Sorge blicken Demokratien des Westens auf den massiven territorialen Expansionskurs der Volksrepublik im südchinesischen Meer. China versucht dort, den Zugriff auf Bodenschätze im Meeresboden durch Ausdehnung seiner Hoheitszone auszuweiten und liegt darüber im Streit mit Malaysia, Brunei, Vietnam, Südkorea und den Philippinen. Im Südchinesischen Meer liegen bedeutende Öl- und Gasvorkommen. Um neue Besitzansprüche durchzusetzen, errichtete China in den vergangenen Jahren Militärstützpunkte, z.B. auf den umstrittenen Spratly-Inseln. Der Protest der Nachbarländer scheint dabei von China durch Demonstration militärischer Stärke und wirtschaftspolitischen Druck beiseitegeschoben zu werden.

Die chinesische Entwicklungspolitik, als verlängerter Arm der Wirtschaftspolitik, scheint an Qualität gewonnen zu haben. Dürfte es in früheren Jahren noch Strategie gewesen sein, oftmals korrupte Eliten der Entwicklungsländer durch pekuniäre Gefälligkeiten zu vereinnahmen und im Gegenzug dann z.B. Zugriff auf die Bodenschätze zu erhalten, so wirkt die Vorgehensweise der letzten Jahre deutlich differenzierter. China investiert nun auch eigene Mittel in die meist marode Infrastruktur der Entwicklungsländer und sichert sich bereits durch kleine Verbesserungen Wohlwollen und Kooperationsfreude der Bevölkerung. Das Image Chinas hat sich in diesen Ländern durch solches Vorgehen stark verbessert. Insbesondere afrikanische Staaten wählen zunehmend chinesische Unterstützung und wenden sich von westlichen Unterstützungsangeboten eher ab.

Chinesische Verträge zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind nicht nur auf Jahre, sondern möglichst auf mehrere Jahrzehnte angelegt, um eine stabile Versorgung Chinas mit Rohstoffen langfristig zu garantieren. Jan Gaspers vom Mercator Institut für China-Studien (MERICS) charakterisierte 2017 diese langfristige Strategie: China wolle wirtschaftliche Abhängigkeit anderer Staaten schaffen und damit auch deren politische Abhängigkeit erreichen. Griechenland mit seinem Hafen Piräus kann dafür als EU-Beispiel gelten.

Parallel-Welten

Massive Zensur und Ideologisierung der Medien in China sowie die Abschottung des chinesischen Internets machen es der chinesischen Bevölkerung unmöglich, ein objektives Bild von weltweiten wirtschaftlichen Entwicklungen zu erhalten. Unter dem Einfluss nationalistischer Ideologisierung entwickelt sich das Alltagsleben chinesischer Bürger zunehmend zu einer Parallelwelt mit erzwungen wirklichkeitsfremden Ausprägungen. Junge Chinesen wissen heute aufgrund der Zensur kaum vom Massaker an wohl weit über 1 000 Studenten auf dem Tian'anmen Platz in Peking durch die chinesische

»Insbesondere afrikanische Staaten wählen zunehmend chinesische Unterstützung und wenden sich von westlichen Unterstützungsangeboten eher ab.«

Armee im Juni 1989. Auch zu chinesischen Menschenrechtlern, zum Beispiel zu Forderungen des Literaturnobelpreisträgers Liu Xiaobo und seinem Tod an Gefängnishaftfolgen, finden sich Informationen ausschließlich in westlichen Medien. Ähnlich steht es mit dem Dissidenten Xu Zhiyong. Die „drei Ts“ – Tibet-Frage, Tiananmen-Massaker und Taiwan – zählen zu den am stärksten tabuisierten, zensierten Themen in der VR China. Zugleich zwingt das chinesische „Sozialkreditsystem“ seine Bürger zunehmend zu parteigefälligem, kritikarmem Anpassungsverhalten.

Dies hat Folgen für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vor dem Hintergrund einer massiven chinesischen Ideologisierung können westliche Kritikpunkte relativ einfach als Verleumdung und Diskriminierung Chinas durch einen weiterhin kolonialistisch denkenden Westen interpretiert werden. Es wird die Verständigung mit europäischen Wissenschaftlern und Managern absehbar erschweren, wenn ihr chinesischer Partner sie zunehmend weniger verstehen kann, darf oder will.

Willfährigkeit des Westens

Zur harten, chinesischen Zensur kommt eine beschönigende Willfährigkeit des Westens hinzu. Renommierte westliche Wissenschaftsverlage, wie zum Beispiel Cambridge Press, haben sich bereit erklärt, ihr Angebot an Publikationen in China „im vorseilenden Gehorsam“ selbst zu zensieren und in China keine Texte oder Themen anzu-

bieten, die von chinesischen Zensurbehörden nicht erwünscht sind. Das westliche Ideal von Meinungs- und Informationsfreiheit in Wissenschaft und Forschung scheint hier erstaunlich schnell den betriebswirtschaftlichen Abwägungen geopfert zu werden.

Auch in Europas Wissenschaft und Forschung scheinen Folgen solcher wirtschaftlich gesteuerten Einflussnahmen erkennbar. Die chinesischen staatlich finanzierten Konfuzius-Institute beispielsweise, die Kultur und Sprache Chinas im Westen möglichst kritikbefreit zu vermitteln suchen, verbreiten ein glorifiziertes Bild Chinas. Die finanzielle Förderung universitärer Lehre zu Chinathemen durch Konfuzius-Institute macht es chronisch unterfinanzierten Fakultäten schwer, einer einseitigen China-Darstellung durch Kritik ange-

messen zu widersprechen. Exemplarisch zeigt sich dies, wenn in universitären Veranstaltungen z.B. Propagandafilme aus chinesischer Produktion gezeigt werden, die den Friedensnobelpreisträger Dalai Lama plakativ als Schwerverbrecher aus Tibet zu denunzieren versuchen.

Der chinesische Bürgerrechtler Teng Biao formulierte schon im Jahr 2008 in einem WELT-Interview seine Wahrnehmung westlicher Regierungen: „Sie unterwerfen sich manchmal der chinesischen Regierung und stellen wirtschaftliche Interessen über Menschenrechtspolitik.“ Tatsächlich sind auch im Jahr 2018 kaum Anzeichen erkennbar, dass sich die Wirtschaftspolitik Europas gegenüber China geändert habe. Macht die Größe des chinesischen Marktes westliche Manager vor Begehren blind?

Chinas offizielle wirtschaftspolitische Strategie hat somit jedenfalls weiter Erfolg: Seine Wirtschaftsgröße erzeugt für die VR China politische Dominanz. Diese ist bedrohlich bis erdrückend für westliche Ideale wie Demokratie, soziale Marktwirtschaft und Wissenschaftsfreiheit.

Was ist somit unter chinesischer „Win-win-Situation“ tatsächlich zu verstehen? Die ZEIT kommentierte die Lage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen China und EU-Deutschland im Mai 2018 mit dem sarkastischen Witz, dass hier nicht beide Seiten profitierten, sondern dass Win-win bedeute, dass China *zweimal* gewinne ...